

Fraktion **direkt**

83 | 04. September 2013

Zur Lage

Deutschland muss auf dem Erfolgsweg bleiben

Die Menschen vertrauen der Kanzlerin



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat sich in dieser Woche zu seinen abschließenden Beratungen in dieser Legislaturperiode getroffen. Die Debatte an diesem Dienstag hat wieder einmal deutlich gemacht, bei wem unser Land in guten Händen ist: bei Bundeskanzlerin Angela Merkel und der christlich-liberalen Koalition. Ich bin davon überzeugt, dass die Bürger dies auch am 22. September bei ihrer Wahlentscheidung zum Ausdruck bringen.

Die Alternativen sind in der Bundestagsdebatte erneut deutlich geworden. Die SPD, ihr Kandidat und die Grünen streben eine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa an, obwohl dies nichts an den grundlegenden Problemen ändern, sondern diese sogar verschärfen würde. Die Opposition will die Wirtschaft mit der Vermögensteuer und einer Verdoppelung der Erbschaftsteuer belasten. Damit würde sie sie der Kraft berauben, in die Zukunft zu investieren. Die Opposition behauptet, dass die Erhöhung der Einkommensteuer nur die Reichen treffen würde. In Wahrheit würden aber bereits Facharbeiterfamilien mehr an den Staat zahlen.

Anders als die Opposition ist die Union entschlossen, mit den Steuereinnahmen in der jetzigen Höhe auszukommen. Wir werden dennoch Spielräume haben, um bei-

spielsweise die Renten von Müttern zu erhöhen, die vor 1992 Kinder geboren haben. Denn gerade das ist die Generation von Frauen, die vielfach ihren Beruf aufgeben mussten, wenn Nachwuchs kam. Wir werden auch die Kraft zu mehr Investitionen in den Straßenbau haben. Trotzdem wird es uns gelingen, den Haushalt weiter zu sanieren und erstmals im Sinne der Kinder im Land ab 2015 keine neuen Schulden zu machen.

„Steinbrück geht es zuerst um sich selbst“

Vor allem werden wir unseren erfolgreichen Weg in der Europapolitik weitergehen. Bei den Rettungsmaßnahmen für notleidende Euro-Länder wird es bei dem Prinzip bleiben, dass es keine Leistung ohne Gegenleistung gibt. Der Ruf der SPD nach immer mehr Geld für die Problemländer in der Euro-Zone führt nicht weiter. Richtig ist, dass ihre Wirtschaft angekurbelt werden muss. Dazu sind aber Reformen nötig, wie wir sie in Deutschland bereits hinter uns haben.

Am 22. September wird nicht zuletzt die Kanzlerin oder der Kanzler gewählt. Das Angebot könnte nicht unterschiedlicher sein. Die SPD präsentiert einen Mann mit großem Ego, der sich dauernd korrigiert oder korrigiert werden muss – zuletzt wieder in der Steuerpolitik oder bei den Beamtenpensionen. Vor allem hat er deutlich gemacht, dass es ihm zunächst um sich selbst und die Partei und erst dann um die Bürger geht. Bei Angela Merkel ist es genau umgekehrt. Sie dient dem Land und den Menschen, sie regiert ausgewogen und klug. Die Bürger können sich auf sie verlassen.

Volker Kauder

Inhalt

Deutschland muss auf dem Erfolgsweg bleiben	1
Parlamentarischer Anspruch statt Skandalisierung	2
Schuldenabbau – „ein Beitrag für unsere Kinder und Enkel“	3
Bundestag zieht Lehren aus der NSU-Affäre	4
Projekt mit „Geburtsfehlern“	5
Deutschland leistet humanitäre Hilfe	6
„Keine Chance für Athen außerhalb der Euro-Zone“	7
Christen wirksam schützen	8

Kommentar

Parlamentarischer Anspruch statt Skandalisierung

NSU-Untersuchungsausschuss liefert vorbildliches Ergebnis ab



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Wahlkampf ist in vollem Gange, und offensichtlich sind auch der Deutsche Bundestag und seine Gremien nicht davor gefeit. Seit Wochen nutzt die Opposition das einzige geheim tagende Gremium des Hauses, das Parlamentarische Gremium für die Kontrolle der Nachrichtendienste (PKGr), um aus den vermeintlichen Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden ein politisches Spektakel zu machen. Das Gremium, das eigentlich hinter verschlossenen Türen höchst brisante Fragen diskutiert, ist zu einem Wahlkampfchauplatz geworden. Es hat dadurch Schaden erlitten. Hoffentlich nicht unwiederbringlich.

Dabei konnte der Kernvorwurf der Opposition, Geheimdienste hätten millionenfach die Grundrechte deutscher Bürger innerhalb Deutschlands verletzt, bereits mehrfach widerlegt werden. Zugleich hat die Bundesregierung maßgebliche Reformen beim europäischen und internationalen Datenschutz eingeleitet. Von bilateralen Abkommen über Verhandlungen zur EU-Datenschutzgrundverordnung bis zu einer gemeinsamen europäischen Initiative bei den Vereinten Nationen: Deutschland hat das Thema

mit Nachdruck auf die europäische und internationale Agenda gebracht. Wir wollen, dass unsere deutschen Standards auch im internationalen, aber vor allem im europäischen Datenverkehr gelten. Dass dies allein mit Blick auf weltweit sehr unterschiedliche Datenschutzkulturen länger dauern kann und ständigen Nachdrucks bedarf, versteht sich von selbst. Man kann nur hoffen, dass diese Einsicht baldmöglichst auch bei den Fraktionen der Opposition ankommt und das PKGr – gerade mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen in Syrien – wieder zur Sacharbeit zurückkehren kann.

Parlamentskultur für die Menschen

Ein außergewöhnliches Beispiel besonders hoher parlamentarischer Kultur hat hingegen in dieser Woche der Untersuchungsausschuss zur Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ geliefert. Über alle Fraktionsgrenzen hinweg haben seine Mitglieder in anderthalbjähriger Detailarbeit die schreckliche Terror- und Mordserie an türkisch- und griechischstämmigen Mitbürgern und einer Polizistin untersucht. Als Konsequenz haben alle Fraktionen gemeinsam einen politischen Forderungskatalog erarbeitet. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss war hierfür – allen Unkenrufen zum Trotz – das richtige Instrument. Seine Mitglieder haben bewiesen, dass es auch im Zeitalter des von Massenmedien geprägten politischen Wettbewerbs gelingen kann, an der Sache orientiert zu arbeiten und damit vor allem den Interessen der Menschen zu dienen. Mit seiner Arbeit ist es dem Ausschuss gelungen, neues Vertrauen in den Rechtsstaat und in die deutschen Sicherheitsbehörden zu schaffen. Wir wollen uns daran machen, die Forderungen umzusetzen. Wie gut dies gemeinsam gelingen kann, hat der Untersuchungsausschuss gezeigt. Daran sollten sich andere ein Beispiel nehmen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Schuldenabbau – „ein Beitrag für unsere Kinder und Enkel“

Bundestagsdebatte über die Situation in Deutschland – Merkel gibt Ausblick auf die Zeit nach der Wahl

Solide Finanzen, hohe Beschäftigungszahlen, Investitionen in Bildung – Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Bundestag einen Ausblick auf ihre Pläne für die nächste Legislaturperiode gegeben. In der Debatte über die Situation in Deutschland am Dienstag kündigte Merkel für den Fall eines Wahlsieges Unterstützung für Familien, Reformen in der Pflege und Maßnahmen gegen Altersarmut an. Die Pläne der Opposition zu Steuererhöhungen kritisierte sie mit scharfen Worten: „Der Staat nimmt so viele Steuern ein wie nie zuvor. Damit müssen wir auskommen und damit können wir auskommen.“

Die Kanzlerin zog ein positives Resümee der ablaufenden Legislaturperiode, die nicht wenige Herausforderungen für die christlich-liberale Koalition mit sich brachte – von der Überwindung der internationalen Finanzkrise über die Euro-Schuldenkrise bis zur Energiewende. „Alles in allem waren es vier gute Jahre“, sagte Merkel und kündigte an, den eingeschlagenen Weg weitergehen zu wollen. In den Vordergrund stellte sie dabei den Schuldenabbau. Ab 2015 wolle man beginnen, die Schulden zurückzuzahlen. Dies sei „ein Beitrag für unsere Kinder und Enkel“. Auch Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte unter Verweis auf Wachstum, Lohnentwicklung und Haushaltskonsolidierung, es gehe „aufwärts“.

Steuererhöhungen gefährden Arbeitsplätze

Einen hohen Stellenwert hat für die Kanzlerin die Beschäftigung. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode war es gelungen, die Arbeitslosigkeit erstmals seit der Wiedervereinigung auf unter drei Millionen zu senken. „Das macht Mut“, sagte Merkel, dabei könne man aber nicht stehen bleiben. Sie kündigte an, sich für weitere branchenspezifische Mindestlöhne, für Ausbildungschancen und für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ein-



Foto: dpa / picture alliance

Bundeskanzlerin Merkel bei der Debatte

zusetzen. Den Mindestlohn auszuhandeln sei aber Sache der Tarifpartner, betonte Schäuble.

Arbeitnehmer sollen nach dem Willen der Kanzlerin mehr netto vom brutto haben. Eine entsprechende Initiative der Koalition zur Milderung der kalten Progression bei der Einkommensteuer war in dieser Legislatur an den rot-rot-grün regierten Bundesländern gescheitert. „Sie haben das verhindert“, sagte Merkel an die Adresse der Opposition. „Das müssen Sie den Facharbeitern, Meistern und Ingenieuren in Deutschland erst einmal erklären.“ Sie warnte auch vor Steuererhöhungen, wie sie SPD und Grüne planen. Steuererhöhungen träfen das Rückgrat der Wirtschaft und gefährdeten Arbeitsplätze.

Merkel griff auch die Europapolitik der Opposition scharf an, die sich für eine Vergemeinschaftung der Schulden notleidender Euro-Staaten einsetzt. Deutschland wolle die Rettung des Euro, betonte die Kanzlerin. Aber es müsse das Prinzip gelten, Hilfen nur gegen Eigenleistung – „sonst läuft die Solidarität ins Leere“. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte an die Adresse der Opposition, wer eine Schuldenunion ver-

lange, Sorge dafür, dass die Reformkräfte erlahmten. So könne man aber nicht das Ziel erreichen, Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Auch Schäuble erklärte, in einer globalisierten Welt komme es darauf an, dass Europa wirtschaftlich leistungstark sei.

„Familien sind der Kern unserer Gesellschaft“

„Familien sind der Kern unserer Gesellschaft“, betonte die Kanzlerin. Familien sollten selbst entscheiden, wie sie leben wollen. Deshalb trete die Union für das Prinzip der Wahlfreiheit ein – nicht zuletzt, wenn es um die Kinderbetreuung gehe. Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, sollen nach dem Willen von CDU/CSU höhere Renten bekommen. Weil es in der Rentenversicherung ein Polster gebe, „können wir uns höhere Renten für Mütter leisten“. Die Kanzlerin kündigte auch an, die Kosten der Energie zu drosseln, damit Strom für die Menschen bezahlbar bleibe.

Bundestag zieht Lehren aus der NSU-Affäre

Debatte über Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses – Reform von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz gefordert

Der Bundestag zieht die Lehren aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung der Mordserie, die der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zur Last gelegt werden. Das Bundestagsplenum debattierte am Montag die 47 Empfehlungen zur Reform von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, die der NSU-Untersuchungsausschuss im Konsens aller Fraktionen vorgelegt hat. Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss, Clemens Binniger, bezeichnete es als „Niederlage für die Sicherheitsbehörden“, dass in unserem Land Menschen Opfer von Verbrechen geworden sind, weil sie ausländischer Herkunft waren oder für die Polizei arbeiteten. „So etwas darf sich nicht wiederholen“, betonte er.

„Rechtsextremismus kolossal unterschätzt“

Die Debatte verfolgten auf der Besuchertribüne Bundespräsident Joachim Gauck sowie Angehörige der zehn Opfer, von denen acht türkischer und eines griechischer Herkunft waren. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte, die sachliche und ernsthafte Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses solle den Opfern und ihren Angehörigen das Gefühl vermitteln, dass sie mit ihrem Leid und ihrer Trauer nicht allein seien. Im Namen des Bundestages entschuldigte er sich bei ihnen. Die Grundrechte der Verfassung gälten für jeden, der in Deutschland lebe, egal welcher Herkunft, welchen Glaubens oder welcher Orientierung er sei. Der Untersuchungsausschuss habe auch dem Zweck gedient, „verloren gegangenes Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen“.



Foto: dpa / picture alliance

Bundespräsident Gauck und Angehörige der Opfer verfolgen die NSU-Debatte auf der Besuchertribüne des Bundestages

Der NSU-Untersuchungsausschuss hatte nach 17 Monaten intensiver Arbeit Ende August seinen Abschlussbericht vorgestellt. Er umfasst mehr als 1.000 Seiten und 47 Handlungsempfehlungen. Die Hauptkritik richte sich an Polizei, Nachrichtendienste und Justiz, sagte Binniger. „Wir müssen uns aber auch selbst den Spiegel vorhalten“, fügte er hinzu. Die Gefahren des gewaltbereiten Rechtsextremismus seien kolossal unterschätzt worden.

Als eine der Ursachen für das Versagen bei der Aufklärung der Serie von Morden, Sprengstoffanschlägen und Banküberfällen, die das Land zehn Jahre in Atem gehalten hatte, machte Binniger die föderale Sicherheitsarchitektur aus. Sie sei „sehr schnell und sehr deutlich an die Grenzen ihrer Möglichkeiten“ gekommen. Deshalb müsse es künftig eine Stelle geben, die bei länderübergreifenden Verbrechen zuständig sei. Kritisch betrachtete er auch den Einsatz von V-Leuten. Ihr Einsatz sei ein „schmalere Grat“ für den Rechtsstaat.

Der CDU/CSU-Obmann prangerte auch die frühe Festlegung der Sicherheitsbehörden auf eine bestimmte Ermittlungsrichtung an. So seien die mutmaßlichen Täter immer wieder

im persönlichen Umfeld der Opfer gesucht worden. Das dürfe nicht wieder vorkommen: „Opfer dürfen durch Ermittlungen nicht ein zweites Mal zu Opfern werden.“

Redner aller Fraktionen würdigten die Tatsache, dass der Abschlussbericht einvernehmlich verabschiedet worden sei. Binniger betonte, die Stärke des Berichts liege im Konsens. Nur so entfalte er den nötigen Reformdruck.

Erste Konsequenzen gezogen

Erste Reformen haben Bundesregierung und Bundestag bereits eingeleitet: So wurde eine Rechtsextremismus-Datei eingerichtet, mit der der Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden und den Nachrichtendiensten deutlich verbessert wird. Die Innenministerkonferenz der Länder will einen neuen „polizeilichen Informations- und Analyseverbund (PIAV)“ einrichten, der die Aufklärung von Zusammenhängen zwischen verschiedenen Taten ermöglichen soll. Die Bundesregierung hat mit der Einrichtung eines gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus (GAR) reagiert.

Projekt mit „Geburtsfehlern“

Bundestag debattiert über Euro Hawk – Untersuchungsausschuss: Entscheidung des Ministers gegen Beschaffung war richtig

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat richtig gehandelt, als er sich im Mai gegen die Beschaffung der Aufklärungsdrohne Euro Hawk entschied. Zu diesem Ergebnis kommt der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, der das gescheiterte Projekt unter die Lupe nahm. In der letzten Sitzungswoche vor der Parlamentswahl debattierte der Bundestag am Montag den Bericht, zu dem die Oppositionsparteien abweichende Stellungnahmen abgegeben hatten. Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss, Markus Grübel, betonte, dass mit der Entscheidung gegen den Kauf der serienreifen Euro Hawks 600 Millionen Euro eingespart wurden.

„Zulassungsprobleme wurden von Rot-Grün sträflich unterschätzt“

Grübel wies den Vorwurf der Opposition zurück, der Minister hätte noch viel mehr Geld einsparen können, wenn er auch das Entwicklungsprojekt früher gestoppt hätte. Es sei richtig gewesen, die Erprobung der Aufklärungsdrohne zum Abschluss zu bringen, erklärte Grübel. Hätte man das Vorhaben früher beendet, sei das bislang investierte Geld – ebenfalls in Höhe von 600 Milliarden Euro – verloren gewesen. So verfüge man nun wenigstens über das Aufklärungssystem. Dieses könne nun in ein anderes Trägerluftfahrzeug eingebaut werden. Welches Flugzeug das sein werde, darüber entscheide man Anfang des nächsten Jahres.

Das Trägersystem war an Zulassungsproblemen in Deutschland gescheitert. Für das Zulassungsverfahren hätten zusätzlich 600 Millionen

Euro ausgegeben werden müssen, ohne dass die Zulassung am Ende tatsächlich garantiert gewesen sei, sagte Grübel. Die Gefahr habe bestanden, dass die fünf Euro Hawks im Technikmuseum gelandet wären.

Das Projekt war 2002 von der damaligen rot-grünen Regierung auf den Weg gebracht worden. Grübel sagte, beim Amtsantritt de Maizières im März 2011 seien 85 Prozent der eingeplanten Gelder bereits verbraucht gewesen. Er verwies daher auf die Verantwortung der Vorgänger de Maizières, namentlich die des SPD-Ministers Rudolf Scharping, und sprach von „Geburtsfehlern“ des Projekts. „Die Zulassungsprobleme wurden von rot-grünen Verantwortungs-trägern sträflich unterschätzt.“

drücklich festgestellt, dass die Fehler des Projekts bereits in den vorvertraglichen Verhandlungen, also in der Zeit bis 2006, angelegt waren, weil die Zulassungsrisiken damals weder erkannt noch richtig bewertet worden waren.

Die Opposition hatte außerdem versucht, de Maizière vorzuführen, indem sie ihm Ungereimtheiten und Widersprüche in der Darstellung seiner Entscheidungsfindung unterstellte. Grübel betonte: „Der Minister hat von Anfang an die Wahrheit gesagt.“ Der Untersuchungsausschuss habe keinen einzigen Beweis geliefert, der das Gegenteil belege.

Der Minister selbst hatte sich schon früh unzufrieden mit dem Verlauf von Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben gezeigt. Im Bundestag



Arbeiten am Euro Hawk in seinem Hangar bei Ingolstadt

Der Untersuchungsausschuss hatte in der parlamentarischen Sommerpause getagt und innerhalb weniger Wochen 18 Zeugen vernommen und rund 1.500 Akten studiert. Zu den Zeugen gehörten neben Minister de Maizière und seinen Staatssekretären die ehemaligen Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Franz Josef Jung sowie eine Vertreterin des Bundesrechnungshofes. Dieser hatte aus-

hatte er daher schon im Frühsommer angekündigt, dass er über den Stand dieser Projekte künftig regelmäßig das Parlament informieren will. Außerdem sollen laut Grübel die Beschaffungsverfahren verbessert werden, indem Frühwarn-Mechanismen eingerichtet werden und die Projektkontrolle verbessert wird. Die Zulassungsverfahren auf europäischer Ebene sollten harmonisiert werden.

Deutschland leistet humanitäre Hilfe

Philipp Mißfelder über die Situation in Syrien und mögliche Reaktionen auf den Einsatz von Giftgas



Foto: Anton Koenigs

Philipp Mißfelder

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die USA gehen davon aus, dass das syrische Regime von Baschar al Assad Giftgas gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat. Die von US-Präsident Barack Obama gesetzte „rote Linie“ im syrischen Bürgerkrieg wäre damit überschritten. Am Wochenende kündigte Obama eine militärische Strafaktion gegen das syrische Regime an, will sich dafür aber die Zustimmung des Kongresses einholen. Über die politische Gemengelage sprach „Fraktion direkt“ mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder.

Herr Mißfelder, ein Verstoß gegen die UN-Chemiewaffenkonvention darf auch nach Einschätzung der Bundesregierung nicht folgenlos bleiben. Wie könnten aus Sicht der Unionsfraktion die Konsequenzen aussehen?

Mißfelder: Der Giftgasangriff des syrischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung ist ein unverzeihlicher und furchtbarer Bruch des geltenden Völkerrechts. Er darf nicht ohne Konsequenzen bleiben, damit auch

andere Staaten mit Chemiewaffen wie Nordkorea von einem möglichen Einsatz abgehalten werden. Es ist jedoch nicht im Interesse der USA und ihrer Verbündeten, den Bürgerkrieg zugunsten einer Opposition zu wenden, bei der zahlreiche Islamisten und Ableger der Al-Kaida für die Errichtung eines Gottesstaates kämpfen.

Das britische Parlament hat sich deutlich gegen ein militärisches Eingreifen ausgesprochen. Die USA können nur noch auf die Unterstützung Frankreichs zählen. Wäre nicht ein UN-Mandat für einen Militärschlag unabdingbar?

Mißfelder: Ein Mandat des UN-Sicherheitsrates ist angesichts der Blockadehaltung Russlands und Chinas unrealistisch. Dabei wird angesichts des Leidens der syrischen Bevölkerung eine gemeinsame Linie der Vereinten Nationen immer wichtiger. Unter Umständen muss die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen breiten Konsens gegen das Morden in Syrien finden. Auch die Anrufung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag durch den UN-Sicherheitsrat wäre eine Option.

Welche Rolle sollte Deutschland spielen?

Mißfelder: Eine deutsche militärische Beteiligung sehe ich nicht – nicht zuletzt angesichts der zahlreichen Aufgaben, welche die Bundeswehr in mittlerweile zehn vom Deutschen Bundestag mandatierten Einsätzen übernommen hat. Eine deutsche Beteiligung wurde übrigens auch nicht angefragt.

Deutschland leistet jedoch einen wichtigen Beitrag, um das Leiden der syrischen Flüchtlinge und Vertriebenen zu lindern. Die Bundesregierung hat mit großer Unterstützung durch unsere Fraktion Hilfgelder in Höhe von etwa 200 Millionen Euro bereitgestellt. Dies ist der größte humani-

täre Beitrag, den unser Land jemals zur Verfügung gestellt hat.

„Als Partner in dauerndem Gespräch mit Russland“

Deutschland ist sehr an einer geschlossenen Haltung des UN-Sicherheitsrates gelegen. Wie kann man Russland und China zur Aufgabe ihrer Blockadehaltung bewegen?

Mißfelder: Die Rolle Russlands und Chinas ist derzeit das Haupthindernis für eine politische und diplomatische Lösung der syrischen Krise. Gerade Deutschland versucht als wichtigster Partner Russlands, in dauernder Diplomatie Russland zu einer gemeinsamen Linie im UN-Sicherheitsrat zu bewegen. Dies ist jedoch äußerst schwierig und langwierig. Es ist bedauerlich, dass der UN-Sicherheitsrat beim Thema Syrien gelähmt bleibt und die Vereinten Nationen ihrer wichtigsten Aufgabe, der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, nur unzureichend gerecht werden.

Welche Chancen liegen in dem zeitlichen Aufschub eines Militärschlags bis zum 9. September, wenn der amerikanische Kongress aus der Sommerpause zurückkehrt?

Mißfelder: An diesem Donnerstag treffen sich die G20-Staaten in St. Petersburg zu ihrem Gipfel. Es wird dort zahlreiche Gelegenheiten geben, sich mit der unhaltbaren Situation in Syrien zu beschäftigen. Vielleicht erweisen sich die G20 als geeignetes Forum, Vorschläge für die Beendigung des syrischen Bürgerkrieges zu erarbeiten.

„Keine Chance für Athen außerhalb der Euro-Zone“

Norbert Barthle über mögliche weitere Hilfen für Griechenland



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Norbert Barthle

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben das hoch verschuldete Griechenland bereits zweimal mit Milliardenhilfen gestützt. Nun zeichnet sich zusätzlicher Finanzbedarf ab. Darüber sprach „Fraktion direkt“ mit dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle.

Herr Barthle, ist Griechenland ein Fass ohne Boden?

Barthle: Wir wussten von Anfang an, dass die Probleme in Griechenland größer und tiefgreifender sind als in den anderen Krisenländern. Es war falsch, Griechenland 2001 schon in die Währungsunion aufzunehmen. Das heißt aber nicht, dass das Land den Währungsraum heute einfach wieder verlassen könnte. Dagegen sprechen auch handfeste ökonomische Gründe, denn mit einem solchen Schritt wäre sehr wahrscheinlich ein heftiges Wiederaufflammen der Krise in ganz Europa verbunden. Griechenland hat keine Chance, außerhalb der Euro-Zone in absehbarer Zeit wieder auf die Beine zu kommen. Es führt kein Weg daran vorbei: Das Land muss die vereinbarten

Reformen weiter konsequent umsetzen. Nur so kann Vertrauen und Stabilität zurückkehren.

Das gegenwärtige Hilfspaket läuft noch bis Ende 2014. Kann man jetzt schon seriös die Finanzlücke beziffern?

Barthle: Nein, das geht nicht. Wir wissen in etwa, wie viel Griechenland in den Jahren ab 2014 insgesamt benötigt. Wie viel davon aber durch ein etwaiges Anschlussprogramm gedeckt werden muss, kann heute überhaupt nicht seriös abgeschätzt werden. Dass die SPD in der Öffentlichkeit derzeit mit falschen Horrornzahlen agiert, halte ich für höchst problematisch. Entscheidend ist, wie schnell sich Griechenland wieder komplett oder teilweise selbst an den Finanzmärkten finanzieren kann. Wir müssen uns heute mit aller Kraft darauf konzentrieren, Griechenland auf dem Weg dahin bestmöglich zu unterstützen. Das ist das Ziel unserer Hilfsmaßnahmen.

Der griechische Finanzminister fordert, dass es bei zusätzlichen Hilfen keine weiteren Auflagen geben dürfe. Ist das vorstellbar?

Barthle: Nein, natürlich nicht. Ein weiteres Hilfspaket könnte nur mit weiteren Reformmaßnahmen einhergehen. Unkonditionierte Hilfszahlungen stopfen nur Löcher, bringen aber keine Wachstumsimpulse.

Griechenland dringt – wie Irland – auf eine direkte Rekapitalisierung seiner Banken über den Rettungsschirm ESM, um seine Schuldenquote zu drücken. Was halten Sie davon?

Barthle: Ich sehe das Ansinnen sehr kritisch. Der Bundestag hat hier ein entscheidendes Wort mitzureden: Wir müssen der Einführung des Instruments der direkten Bankenrekapitalisierung zunächst zustimmen und das ESM-Finanzierungsgesetz

entsprechend ändern. Auch jede konkrete Anwendung danach braucht immer das grüne Licht des Parlaments.

„Zweiter Schuldenschnitt wäre Gift für die Euro-Zone“

Wichtig ist mir dabei folgendes: Das Instrument der direkten Bankenrekapitalisierung ist in die Zukunft gerichtet. Voraussetzung für seine Nutzung ist eine funktionierende europäische Bankenaufsicht, die aber gerade erst aufgebaut wird. Altlasten sollen vom ESM im Regelfall nicht übernommen werden. Es geht nicht an, dass wir die in anderen Ländern lange Jahre unter nationaler Aufsicht entstandenen Bankenrisiken nun dem deutschen Steuerzahler aufbürden. Diese Übernahme von Altlasten passt eher in die Strategie der SPD, die ja offensiv eine Vergemeinschaftung sowohl der Schulden als auch der Risiken im Rahmen einer Bankenunion anstrebt.

Ist die Option zweiter Schuldenschnitt vom Tisch?

Barthle: Eindeutig ja. Jede ernsthafte Diskussion über einen Schuldenschnitt wäre extrem schädlich. Wir haben immer wieder betont, dass der erste Schuldenschnitt für Griechenland auch der letzte war. Jetzt Griechenland einen weiteren Schuldenschnitt in Aussicht zu stellen wäre Gift für das langsam zurückkehrende Investorenvertrauen in der Euro-Zone. Zudem würde eine solche Diskussion den Reformdruck von Griechenland nehmen; auch das kann nicht unser Ziel sein.

Christen wirksam schützen

Religiös motivierte Gewalt darf nirgendwo geduldet werden

Radikale Islamisten haben angeblich unter Beteiligung deutscher Staatsbürger christliche Dörfer in Nordsyrien angegriffen. Laut Medienberichten wurden dabei Christen gezielt getötet und vertrieben. Angesichts dieser Nachrichten zeigte sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, besorgt. „Sollten sich die Nachrichten bewahrheiten, hätte die Verfolgung der Christen im Nahen Osten eine neue Qualität erreicht.“ Dass deutsche Staatsbürger als Terror-Touristen an Verbrechen beteiligt sein sollen, müsse alarmieren. „Wir sorgen uns um die Zukunft der Christen in Syrien, einem Ursprungsland der Christenheit.“

Kauder forderte eine Ahndung von Gewalttaten wie diese Angriffe vom 6. August. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden, die bereits aktiv geworden sind, müssten alles unternehmen, um die Täter zu überführen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen, erklärte er. In dem Zusammenhang forderte er die Türkei auf, die deutschen Behörden bei der Aufklärung und Ahndung zu unterstützen. „Dies darf man von einem Land erwarten, das in die EU will.“ Über die türkische Grenze sickern weiteren Medienberichten zufolge die sogenannten islamistischen Gotteskrieger nach Syrien ein.

Die deutsche Regierung wirbt mit Nachdruck für eine Verhandlungslösung im syrischen Bürgerkrieg. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte am Dienstag im Bundestag, „auch die kleinste Chance“ für eine politische

Lösung auf dem Verhandlungswege müsse genutzt werden. Deutschland sei deshalb im permanenten Kontakt mit den internationalen Partnern. Man müsse alles Erdenkliche tun, um zu einer gemeinsamen Haltung in der internationalen Staatengemeinschaft zu kommen. Im UN-Sicherheitsrat blockieren bislang Russland und China eine gemeinsame Resolution.

Viele Christen unter den Flüchtlingen

Die humanitäre Katastrophe in Syrien hat schon mehr als 100.000 Menschen das Leben gekostet; zwei Millionen Syrer sind nach UN-Angaben auf der Flucht. Kauder warf den Konfliktparteien im syrischen Bürgerkrieg vor, dass keine Seite Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nehme. „Wir rufen alle Konfliktparteien dazu auf, die Gewalt zu beenden.“ Eine politische Lösung ist nach Ansicht Kauders auch deshalb wichtig, weil sonst die Gefahr bestünde, dass vor allem Christen in dem Land unter die Räder gerieten.

Deutschland hat der Kanzlerin zu-

folge bereits 340 Millionen Euro bereitgestellt, um das Leid der Flüchtlinge zu lindern. Deutschland nimmt auch als erster Mitgliedstaat der Europäischen Union 5.000 syrische Flüchtlinge auf. Kauder ermutigte in seiner Bundestagsrede die Bundesländer, auch darüber hinaus noch weitere Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland aufzunehmen. Der Fraktionsvorsitzende machte darauf aufmerksam, dass unter den Traumatisierten viele Christen seien.

In dem Zusammenhang verurteilte Merkel ausländerfeindliche Aktionen



Foto: picture alliance / Photoshot

Syrische Flüchtlinge beim Überschreiten der Grenze zum Irak

gegen Flüchtlinge in Deutschland. „Es ist beschämend, dass Menschen, die sich traumatisiert von Bürgerkriegen oder wegen politischer Verfolgung hilfeschend an Deutschland wenden, dann in unserem Land Anfeindungen ausgesetzt sind von Unbelehrbaren.“ Auch Kauder sagte im Bundestag, man müsse alles tun, damit sich die Flüchtlinge in Deutschland sicher fühlen.

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu